

Weinländer Kritik hinterlässt ihre Spuren

Der Kanton Zürich lud in Henggart zum ersten nicht öffentlichen Informationsanlass im Rahmen der Richtplanvernehmlassung zu den Windkraft-Eignungsgebieten. Kritiker wie Skeptiker waren in der Mehrheit – und fühlten Baudirektor Martin Neukom auf den Zahn.

Alexander Joho

HENGGART. Nach vier Stunden Austausch wirkte Baudirektor Martin Neukom (Grüne), nach der zweiten Veranstaltung zum gleichen Thema innert 48 Stunden im selben Bezirk, vor 200 Interessierten aus dem Weinland, dem Rafzerfeld, der Region Winterthur sowie aus dem Kanton Schaffhausen, ausgelagt: «Mit Ihren kritischen Fragen haben Sie mich stark gefordert.»

Zwei Tage zuvor hatte es in Stammheim vor rund 350 Personen eine intensive, emotionale Debatte zur Windkraft auf dem dafür prädestinierten Stammerberg gegeben (siehe SN vom 24. August) – geprägt von «deutlichem Widerstand», wie es in der Wylandhalle vom Stammer Tisch herklang. Auch in Henggart sollte Neukom härterer Wind entgegenwehen – nimmt man die Wortmeldungen als Massstab, waren die Kritiker und Skeptiker in der Mehrzahl, in der Summe des Beifalls ebenfalls.

Kanton verweist auf Bundesvorgaben

Neukom konstatierte: Ja, ein Grossteil der aktuell noch 20 Windkraft-Eignungsgebiete (weitere 15 Gebiete sind vorerst zurückgestellt) befindet sich nun einmal im Norden des Kantons. Dass andere Regionen weniger berücksichtigt würden, liege auch an den Vorgaben der Eidgenossenschaft in Sachen Militär und Flughäfen («Windräder stören Radaranlagen»), wie ein Antwortbrief des Bundes belege, darum fielen unter anderem auch die Goldküste oder Gebiete im Oberland (vorläufig) weg.

Der erste von drei kantonalen und nicht öffentlichen Anlässen – Teilnahme nur via Anmeldung, für die Presse galten gewisse Restriktionen – zum Thema «Windkraft», zum Richtplaneintrag wie auch zur Verfahrensbeschleunigung über das Energiegesetz, soll in die öffentliche Vernehmlassung, die noch bis Ende Oktober dauert, mit einfließen, in der Form eines Mitwirkungsberichts. Und damit auch ein «offener Brief» von Freie Landschaft Schweiz, dessen Vertreter schon vor Anlassbeginn vor Ort ausführlicher mit Neukom diskutiert hatten. Zusammen mit der SVP des Bezirks Andelfingen machte der Verband mit Flugblättern und einer Unterschriftensammlung gegen Windkraft mobil.

«Krasser Eingriff in die Natur»

Der Zürcher Baudirektion schweben auf Kantonsgebiet derzeit 50 bis 60 Grosswindanlagen von 220 Metern Höhe vor, die in nicht so ferner Zukunft bis zu 7 Prozent des Zürcher Stromverbrauchs abdecken könnten. In der Wylandhalle war man am Samstag grösstenteils anderer Meinung: «Windkraft leistet keinen massgeblichen Beitrag an unser Stromproblem. Bei einem derart tiefen Prozentsatz», so ein Henggarter Statement gegen Schluss, «finden wir es nicht gerechtfertigt, einen so krassen Eingriff in die Natur vorzunehmen und die Bevölkerung derart zu belasten.» Schon etwas gereizter, unterstellte Neukom daraufhin den Regionsvertretern ein Stück weit Ignoranz: «Das werden Sie jetzt nicht gerne hören: Wenn Sie sich über den Fluglärm beklagen, fragen Sie mal Rümlang oder Schwamendingen. Falls Sie ein Windrad hören sollten, sind Sie privilegiert. Ich höre in Winterthur vor allem Strassenlärm.»

«Es ist nicht das Ziel dieser Veranstaltung, am Ende derselben Meinung zu sein, das wird nicht möglich sein», erklärte Neukom in Henggart, «aber dass alle möglichst über dasselbe reden.» Zu häufig werde noch mit Falschinformationen operiert, werde er verkürzt wiedergegeben. Es handle sich um einen langfristigen Prozess. Die Baudirektion baue keine Windräder, fahre nicht morgen mit Baggern auf. Bis 2035 würden vielleicht fünf bis zehn «Zürcher» Windräder stehen.

Michael Landolt vom Amt für Raumentwicklung stellte klar: Ohne bestandene Umweltverträglichkeitsprüfung keine Windräder. Und: «Berechtigte Begehren» der Gemeinden müssten berücksichtigt werden. Finanzielle Beteiligungen der Gemeinden sowie der Bevölkerung sollten die Akzeptanz von Windkraftprojekten verbessern. «Am



Für einmal selber emotional – und am Ende ausgelagt: der Zürcher Regierungsrat und Baudirektor Martin Neukom (Grüne) an der kantonalen Informationsveranstaltung zu den möglichen Windkraft-Standortgebieten im Kanton Zürich.

BILD ALEXANDER JOHO

Ende», so Neukom, «entscheiden die Betreiber, ob eine Anlage rentiert oder nicht.» Ohne Subventionen dürfe man einen Windkraftstrompreis von 10 bis 15 Rappen pro Kilowattstunde erwarten.

Gegen eigene Verfassung verstossen?

Im Fall des Windparks Sainte-Croix liess die Baubewilligung 23 Jahre lang auf sich warten – für Neukom eine «Zumutung». «Ein Gerichtsentscheid wird nicht besser, wenn man ihn sieben Mal vor Gericht bringt.» Über die Anpassung des Energiegesetzes, die den kantonalen Gestaltungsplan und die Baubewilligung zu einer Plangenehmigung zusammenführen soll, dürfte es in Zukunft dennoch fünf bis zehn Jahre bis zu Spatenstichen dauern; aktuell wären laut Michael Landolt ab 2027 konkrete Projekteingaben möglich.

Ob das Vorgehen des Kantons nicht gegen dessen Verfassung verstosse, wollte ein bekannter Windkraftgegner wissen. «Wir haben heute ein kantonales Plangenehmigungsverfahren, die Gemeinde kommt nachgelagert zum Zug», antwortete Landolt; sofern alle Auflagen in der Nutzungsplanung erfüllt seien, bestehe ein Baurecht, analog zu Deponien. Und Neukom beschwichtigte: Grundeigentümer sollten nicht enteignet werden, höchstens bei der Erschliessung über Zufahrtsstrassen. Das sei aber in der Behandlung der Vorlage in der entsprechenden Kantonsratskommission einer der ganz kritischen Punkte.

Dass sich einzelne Weinländer Exponenten der Legislative für die Gemeindeautonomie aussprächen, sei deren politisches Recht, so Neukom. Einzelinitiativen auf kommunaler Ebene gegen Windkraft auf Gemeindegebiet sind für ihn vergleichbar mit dem Widerstand gegen Fluglärm – «sinnlos». Natürlich könne man ein Vetorecht gesetzlich verankern, «nur steigt damit das Risiko eines Scheiterns von Bauvorhaben.»

Von Thalheimer Seite war zu hören, das Optische werde zu wenig stark gewichtet, würden Naherholungsgebiete beeinträchtigt, woraufhin Neukom entgegnete: «Ich empfinde es nicht als Zerstörung der Landschaft.» Der Einwand erinnere ihn an die Diskussion um alpine Solaranlagen. «Ich hätte eine solche Windkraft-Ansammlung im Weinland auch nicht gewollt, politisch wäre es besser und einfacher zu vertreten, wenn die Gebiete im Kanton schön verteilt wären.»

Streitpunkt Wiederaufforstung

«An welchen Stellen in diesem dicht besiedelten Kanton soll die Wiederaufforstung stattfinden?», lautete ein weiterer populärer Einwand. Für Neukom eine «zu

«Mit Ihren kritischen Fragen haben Sie mich stark gefordert.»

Martin Neukom
Baudirektor Kt. Zürich (Grüne)

konkrete» Frage. Doch ohne Zusage zu einer regionalen Wiederaufforstung werde keine Baubewilligung erteilt. Landolt fügte hinzu: «Tatsächlich ist es einfacher geworden, im Wald zu bauen. Wir gehen aber davon aus, dass bei einer permanenten Rodung eine Wiederaufforstung stattfinden muss. Diese Anordnung ist in der Plangenehmigung enthalten.»

Bei mehr als 20 Gigawattstunden Stromproduktion pro Jahr seien laut Bundesgesetzgebung Windräder auch in geschützten Gebieten möglich, ergänzte Neukom später. «Das können Sie richtig oder falsch finden, aber das ist die juristische Grundlage.» Dass einzelne schützenswerte Gebiete anders «schützenswert» beurteilt werden, stiess einigen Teilnehmenden sauer

auf. «Wir haben qualitativ festgelegt, wie stark diese Schutzbilder von Windrädern betroffen wären», so Flavia Bolli vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, teilweise fehlten dabei Überschneidungen mit Schutzkategorien wie dem Bundesinventar ISOS.

Weitere Fragen drehten sich um Grund- und Quellwasserschutz (gemäss Flavia Bolli bei konkreten Projekten über die Umweltverträglichkeitsprüfung geregelt), um Haftungsfragen, um Eisabwurf, Liegenschaftsentwertungen. Kritisiert wurde Neukoms Departement für fehlende Windstärkewerte – in den Richtplan fliessen Modellierungen, keine konkreten Messungen ein –, wie auch für die Wiedergabe von umstrittenen Kennzahlen, insbesondere in Sachen Vogelschutz. «Ich wäre froh, der Kanton würde Fotovoltaik und saisonale Speicher «pushen», dann könnten wir auch auf ein wenig Windkraft verzichten. Ich bin dafür, dass man bei den Fakten bleibt, bei den Gegnern wie Befürwortern, speziell bei potenziellen Betreibern», so ein Teilnehmer.

Störend sei, dass in einem EWZ-Newsletter Erkenntnisse der Vogelwarte Sempach zum Vogelsterben durch Windkraftanlagen falsch wiedergegeben würden: Der Wert von «nur» 20 toten Vögeln, so die Studie, gälte nur für die Anlage im Jura, und nicht für andere Standorte. Neukom, einer von 15 EKZ-Verwaltungsräten, entgegnete, es gebe bei Windrädern bereits Abschalt-Schutzmechanismen; der grösste Vogelkiller seien zudem weiterhin Katzen, gefolgt vom Strassenverkehr und verspiegelten Fassaden.

«Hintertürchen» beim Rückbau?

Kontext ist für Neukom auch in anderen Teilbereichen wichtig: Bei einem rund 5 Meter tiefen und 600 Kubikmeter grossen Fundament würde für Windkraft nur ein Baustoff-Bruchteil verwendet: Bei jährlich 100 Windanlagen in der Schweiz seien 60 000 Kubikmeter Beton für die Sockel kein Vergleich zu 36 Millionen Kubikmetern Betonverbrauch auf nationaler Ebene. Der Fragesteller erhielt daraufhin mit seiner Reaktion grossen Zuspruch: «Es ist aber ein Unterschied, ob Beton im Wald oder im Industriegebiet verbaut wird.»

Nach geschätzt 20 Jahren erreicht eine Windkraftanlage ihr Betriebsende. Ermöglicht eine Formulierung in der Vorlage nicht noch ein «Hintertürchen», den Betreibern den (vollständigen) Rückbau zu ersparen? Neukom kontierte die Frage aus Stammheim; der rund 150 000 Franken teure Rückbau sei sichergestellt. «Bei Betreibern mit tiefer Bonität, bei Konkursgefahr, könnten wir sogar die Hinterlegung des Rückbaus verlangen.»

Was nehmen Sie von der Veranstaltung mit?



Heinz Blaser,
Wasterkingen

«Der grösste Teil der Teilnehmer bestand aus Windkraftgegnern, es gab sehr wenige positive Voten. Niemand konnte Alternativen zur Windkraft aufzeigen, die in einem ähnlichen Zeitabschnitt realisierbar wären. Wenn ein Ortsteil einer Gemeinde bestimmen kann, dass beispielsweise keine Wasserstoffanlage gebaut werden kann, können wir nichts mehr bauen. An jedem Standort gibt es Nein-Sager, so bleibt das einfach hängen und wir dürfen warten und warten. Bei einer derart geballten Opposition geht es einfach nicht vorwärts.»



Peter Diethelm,
Lönnigen

«Wir haben eine 9-Millionen-Schweiz – wie weit soll die Verschandelung der Landschaft noch gehen? Jedes Mal, wenn ich die Verenafohren vom Randen aus sehe, ist das eine optische Ohrfeige. Ich habe bei Martin Neukom keine Flexibilität festgestellt, das war eine Verkaufsveranstaltung. Windkraft schafft keine Abhilfe, dafür haben wir ein enormes Fotovoltaikpotenzial. Schon vor 10 Jahren hiess es beim Regierungsrat, Zürich sei ein Schwachwindkanton in einem Schwachwindland.»



Thomas Feer,
Stammheim

«Erstaunlich, dass Windkraft mehr Echo findet als die Tiefenlager-Diskussion; auch dort wurde das Vetorecht gefordert, dann auf bürgerlicher Seite abgelehnt. Was besonders auffällt: Themen, die zur Umweltverträglichkeitsprüfung gehören, werden von Kritikern als Teil des Richtplans thematisiert. Das nimmt vorweg, was Projektanten konkret in der UVP nachweisen und realisieren möchten. Eindrücke aus Norddeutschland oder Polen zeigen mir: Windräder sind nicht störend, sondern im Gegenteil ein «Aha-Erlebnis.»